

Medienmitteilung 19. Juni 2026

Botschaft 2027 zur Bahninfrastruktur

Die Westschweiz droht den Anschluss im Schienenverkehr zu verlieren

Die Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO) und der Verein OUESTRAIL haben die Botschaft 2027 zum Ausbau der Bahninfrastruktur zur Kenntnis genommen, welche vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegeben wurde. Sie werden ihre Position im Laufe des Sommers konsolidieren. Nach heutigem Stand gefährden die skizzierten Entscheide die Entwicklung des Bahnangebots in der Westschweiz. Sie stellen zudem Projekte infrage, die vor langer Zeit von Bevölkerung und Behörden beschlossen wurden. Die zentralen Aspekte – nämlich die tatsächlich verfügbaren finanziellen Mittel, die verfolgten Angebotsziele sowie die gewünschten Entwicklungsperspektiven der Bahn – werden in « Verkehr 45 » nicht ausreichend behandelt.

Die Westschweiz, bestehend aus den Kantonen Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura, umfasst 40 % des Territoriums der Bevölkerung und des Schienennetzes der Schweiz. Sie bildet damit die grösste vom Bund definierte Planungsregion. Trotz ihres Charakters mit mehreren Zentren, topografischen Unterschieden und zahlreichen regionalen Herausforderungen. Diese Region hat **2014 eine klare und solidarische Vision für ein Bahnangebot mit 90 Projekten erarbeitet**. Weniger als ein Drittel davon wird bis 2035 umgesetzt. Dies ist kaum erklärbar und nicht akzeptabel, zumal einzelne dieser Projekte bereits ab 2015 von den eidgenössischen Räten genehmigt wurden. Mit der Botschaft 2027 stellt der Bund die Planung neu auf, ändert Prioritäten und verschiebt oder streicht Projekte von nationaler und regionaler Bedeutung. Diese Verzögerung benachteiligt die Regionen und die Verkehrsverlagerung direkt.

Die aktuellen Warnsignale sind deutlich: Neben einer Zunahme der Fahrzeit zwischen Genf und Bern um 10 Minuten in den letzten zwei Jahrzehnten ist eine strukturelle Verschlechterung der Ost-West-Achse festzustellen. Deren Entwicklung ist von nationaler Bedeutung: Die Studie der ETH Zürich (Prof. Weidmann, Oktober 2025) hat dies klar aufgezeigt. Dennoch fehlen konkrete Strategien, was zu einer Verlangsamung der Züge und zu einem Attraktivitätsverlust in der gesamten Westschweiz führt. Ein erster Abschnitt zwischen Lausanne und Bern muss im Hinblick auf die schrittweise Stärkung der Achse rasch realisiert werden können.

Angesichts dieser Situation verlangt die Westschweiz vom Bund, sehr rasch ein Angebotskonzept 2050 für die gesamte Schweiz zu erarbeiten. Dieses muss insbesondere die Verkürzung der Fahrzeiten zwischen Lausanne und Bern sowie eine Redundanz der Strecke zwischen Lausanne und Genf beinhalten, wie dies von den eidgenössischen Räten beschlossen wurde. Die Sicherstellung und Umsetzung ergänzender Projekte (kleine und mittlere), die für die Verkehrsverlagerung und die optimale Nutzung der Grossprojekte wesentlich sind, muss gewährleistet sein. Die Westschweiz erwartet zudem Perspektiven für internationale Verbindungen Richtung Lyon und Südfrankreich sowie Spanien, London, Paris und Mailand bzw. Italien.

Bezüglich des Bahninfrastrukturfonds (BIF) und der finanziellen Mittel bietet die Variante mit 24 Milliarden Franken lediglich 7 Milliarden mehr als die bereits vom Parlament für die nächsten 20 Jahre gesprochenen 17 Milliarden Franken (Beschlüsse 2015, 2019 und 2023). Dies liegt unter den jährlichen Investitionen, die bei der Einführung des BIF im Jahr 2014 vorgesehen waren, und dürfte für die notwendige Netzentwicklung ungenügend sein. Die Normen und Verfahren, welche Projekte unnötig verteuern und verzögern, sollen eingehend überprüft werden – beginnend mit Pilotprojekten.

Der BIF birgt zudem ein erhebliches Risiko: Der Anteil für den Unterhalt steigt kontinuierlich (+40 % in 10 Jahren), während die Mittel für den Ausbau um 27 % gesunken sind. Trotz dieser Erhöhung der Unterhaltsmittel haben die Infrastrukturbetreiber beim Erneuern und Modernisieren der Anlagen weiter Rückstände aufgebaut. Die Westschweiz unterstützt die Beibehaltung des Mehrwertsteuer-Promilles über 2030 hinaus. Dieses wird jedoch nicht ausreichen, um die zusätzlichen Bedürfnisse zu decken, insbesondere aufgrund des Bevölkerungswachstums und der klimapolitischen Ziele. Die Kantone der Westschweiz und OUESTRAIL fordern den Bundesrat auf, den parlamentarischen Vorstössen zur weiteren Stärkung des Fonds Folge zu leisten.

Zur Information

Die 9 prioritären Angebotsprojekte der Westschweiz seit 2014:

- Viertelstundentakt RegioExpress zwischen Lausanne und Genf
- Viertelstundentakt auf dem Léman Express zwischen La Plaine und Genf
- Ausbau des RER Vaud in der Broye
- Durchgehender Halbstundentakt RER Wallis mit den EC Genf–Mailand
- Direkte Linie Neuenburg – La Chaux-de-Fonds – Le Locle
- Viertelstundentakt in der Agglomeration Freiburg
- Kohärentes und komplementäres Fern- und Regionalverkehrsangebot im Aaretal und im Berner Oberland
- Kapazitätserhöhung bei den S-Bahnen in den Agglomerationen Bern und Biel/Bienne
- Fahrzeitverkürzung und Beseitigung des Umsteigezwangs zwischen La Chaux-de-Fonds und Delsberg (ArcExpress)

Medienkontakte CTSO :

Jean-François Steiert, Staatsrat, Präsident der CTSO, Direktor für Raumentwicklung, Infrastruktur, Mobilität und Umwelt des Kantons Freiburg (079 204 13 30)

Pierre Maudet, Staatsrat, Vizepräsident der CTSO, Vorsteher des Departements für Gesundheit und Mobilität, Republik und Kanton Genf, Kontakt über Herrn Sébastien Deshusses, 078 623 54 65

Evi Allemann, Regierungsrätin, Direktorin der Bau- und Verkehrsdirektion des Kantons Bern, 031 633 31 40, medien.bvd@be.ch

Nuria Gorrite, Staatsrätin, Vorsteherin des Departements für Institutionen, Kultur, Infrastruktur und Personal, Kanton Waadt, 021 316 70 01

Jean-Paul Lachat, Minister für Umwelt und Kultur der Republik und des Kantons Jura, 032 420 53 00

Franz Ruppen, Staatsrat, Vorsteher des Departements für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt, Kanton Wallis, 027 606 33 00

Céline Vara, Staatsrätin, Vorsteherin des Departements für Sicherheit, Digitalisierung und Kultur, Republik und Kanton Neuenburg, Kontakt: 032 889 61 00

Medienkontakte OUESTRAIL :

Damien Cottier, Präsident OUESTRAIL, Nationalrat, 076 805 34 96

Pascal Broulis, Vizepräsident OUESTRAIL, Ständerat, 079 435 01 78

Charles Juillard, Vizepräsident OUESTRAIL, Ständerat, 079 722 39 72

Delphine Klopfenstein-Broggini, Vizepräsidentin OUESTRAIL, Nationalrätin, 076 455 61 06

Brenda Tuosto, Vizepräsidentin OUESTRAIL, Nationalrätin, 079 509 58 37